

Beschluss Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.10.2022
Tagesordnungspunkt: FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Antragstext

- 1 Der russische Angriff auf die Ukraine ab dem 24. Februar 2022 markiert einen
- 2 historischen
- 3 Einschnitt für unsere Friedensordnung in Europa. Vladimir Putin zeigt uns mit diesem
- 4 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in aller Deutlichkeit, welche Ziele er verfolgt: Er
- 5 führt
- 6 sein imperialistisches Machtstreben fort und will den Integrationsprozess in Europa
- 7 zurückdrehen. Die freie, demokratische Lebensweise in unseren offenen
- 8 Gesellschaften sieht
- 9 er als Bedrohung der eigenen Machtbasis. Die auf dem Selbstbestimmungsrecht
- 10 beruhende
- 11 regelbasierte internationale Ordnung hat er aufgekündigt. Als Demokrat*innen
- 12 verteidigen die
- 13 Ukrainer*innen in diesem Krieg daher nicht nur ihr eigenes Territorium, sondern die
- 14 Freiheit
- 15 aller, die in Frieden und Freiheit, in Würde und einer multilateralen, auf
- 16 Gleichberechtigung und dem Völkerrecht fußenden internationalen Ordnung leben
- 17 wollen. Wir
- 18 stehen in voller Solidarität an der Seite dieser mutigen Menschen und der Ukraine. Wir
- 19 unterstützen sie entschlossen gegen die Aggression Russlands, die sich auch gegen
- 20 uns selbst
- 21 und unsere Art zu leben richtet. Ein Erfolg Putins wäre eine globale Ermutigung für das
- 22 Recht des Stärkeren und ein Zurückdrängen der Stärke des Rechts.
- 23 Die Herausforderung, die Russland für uns bedeutet, nimmt das geeinte Europa an und
- 24 leitet
- 25 dringend notwendige Kurskorrekturen in der eigenen Politik ein. Die Europäische Union
- 26 und
- 27 ihre Mitgliedstaaten haben schnell, geschlossen und mit Klarheit auf die Aggression
- 28 des
- 29 Kremels reagiert. Wir haben Sanktionen erlassen und den Ausstieg aus russischen
- 30 Fossilen
- 31 beschleunigt. Wir werden uns dafür einsetzen, die Atomtransporte von und nach
- 32 Rußland
- 33 endgültig zu beenden. Wir leisten humanitäre Hilfe, stellen die unbürokratische
- 34 Aufnahme von
- 35 Geflüchteten sicher und bereiten unsere langfristige Unterstützung für den
- 36 Wiederaufbau der
- 37 Ukraine vor. Wir unterstützen eine umfassende Aufarbeitung der von Russland in der
- 38 Ukraine

23 begangenen Kriegsverbrechen, möglicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit und
24 Verbrechen
25 der Aggression sowie die Ahndung solcher Verbrechen durch nationale und
26 internationale
27 Gerichte. Wir liefern Waffen und bilden ukrainische Soldat*innen aus. Wir haben die
28 eigenen
29 militärischen Kapazitäten gestärkt und den Schutz der Mitgliedsstaaten an den
30 östlichen
31 Grenzen gesteigert. Wir haben einstimmig für einen EU-Kandidatenstatus der Ukraine
32 und
33 Moldau sowie die Beitrittsperspektive für Georgien gestimmt – und unterstützen die
34 Aufnahme
35 Finnlands und Schwedens in die NATO. Das Engagement der EU und auch
36 Deutschlands wird
37 gebraucht für nachhaltigen Frieden, Freiheit und Sicherheit für alle Menschen im
38 Südkaukasus. Wir verurteilen den Angriff Aserbaidshans auf das Kernland Armeniens.
39 Wir
40 stehen fest an der Seite aller Völker, die sich für den demokratischen Weg entschieden
41 haben
42 und prangern jeden völkerrechtswidrigen Angriff eines Landes auf ein anderes an. Wir
43 werden
44 alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um die ukrainische Kultur, Sprache und
45 Identität
46 zu erhalten.

47 Der russische Angriffskrieg in der Ukraine führt uns vor Augen, wie fatal es ist, wenn
48 wir
49 uns von Autokraten und außenpolitisch aggressiven Akteuren abhängig machen. Auch
50 bei
51 Kooperationen mit Ländern wie China, Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten
52 oder Saudi-
53 Arabien muss dauerhaft vermieden werden, dass eine Abhängigkeit entsteht. Und wir
54 stellen
55 fest, wie existentiell eine ausreichende zivile und militärische Wehrhaftigkeit ist -auch
56 für unsere Partnerstaaten. Deshalb liefern wir Waffen an die Ukraine und wollen das
57 auch
58 weiterhin verstärkt und beschleunigt tun, wo nötig auch aus den Beständen der
59 Bundeswehr und
60 der Industrie. Für uns ist entscheidend, was die Ukraine braucht. Deshalb setzen wir
61 uns in
62 der Bundesregierung dafür ein, dass alle NATO-Partner - Deutschland inbegriffen - die
63 Bedarfe an Waffensystemen für die Verteidigung der Ukraine sowie zur Rückeroberung
64
65 annektierter oder besetzter Gebiete decken. Zur Wehrhaftigkeit gehört auch unsere
66 Mitgliedschaft in der NATO. Mit ihrer Beistandsverpflichtung garantiert sie als
67 multilaterales Verteidigungsbündnis unverzichtbaren Schutz für die gemeinsame
68 Sicherheit
69 Europas und unserer Verbündeten.

70 Gleichzeitig werden wir von unseren tiefsten Überzeugungen als Friedenspartei nicht
71 abrücken. Auch wenn militärische Mittel zur Verteidigung und Wiederherstellung des
72 Friedens

52 und zur Solidarität mit den Menschen in der Ukraine unausweichlich sind, stehen wir
im Sinne
53 einer feministischen Außenpolitik langfristig auch für die Prinzipien von Abrüstung,
54 Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle sowie den Vorrang des Zivilen ein.
Feministischer
55 Außenpolitik liegt die Überzeugung zugrunde, dass Geschlechtergerechtigkeit und
56 gleichberechtigte Teilhabe Voraussetzungen für nachhaltigen Frieden und Sicherheit in
der
57 Welt sind. Unsere Bemühungen zur Stärkung von Initiativen zur atomaren Abrüstung
und zur
58 Rüstungskontrolle müssen wir gerade in diesen stürmischen Zeiten erhöhen. In
unserem Streben
59 nach einer Welt ohne Atomwaffen werden wir nicht nachlassen.

60 Die Erschütterungen durch den russischen Angriff sind global und vergrößern
vielerorts das
61 Leid von Millionen unschuldiger Menschen. Putins Aggression hat über einen
drastischen
62 Anstieg der Lebensmittel- und Energiepreise zu einer beispiellosen Ernährungs- und
63 Versorgungskrise weltweit, insbesondere jedoch in den Staaten des Globalen Südens
geführt.

64 Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen schätzt die Zahl der Menschen,
die wegen
65 fehlender Nahrungsmittel in Lebensgefahr oder Existenznot geraten, in diesem Jahr
auf 323
66 Millionen. Davon sind 47 Millionen Menschen allein durch Russlands Krieg in der
Ukraine
67 hinzugekommen.

68 Diese Entwicklung verschlimmert die soziale und wirtschaftliche Situation gerade in
den
69 Staaten, die bereits durch die Klimakrise und die sozioökonomischen Folgen der Covid-
70 Pandemie mit großen Versorgungskrisen zu kämpfen haben, und erhöht das Risiko
interner
71 Konflikte. Diesem perfiden Versuch Putins, die Weltgemeinschaft zu spalten, müssen
wir mit
72 verstärkter Kooperation zwischen den Demokratien und mehr multilateralem
Engagement bei der
73 Bewältigung der globalen Krisen entschieden entgegentreten – insbesondere in den
Bereichen
74 Klimaschutz und Energie, Ernährung und Konfliktbearbeitung. Denn die weltweite
Sicherheit
75 hängt nicht vom simplen „für oder gegen“ Russland und China ab, sondern von der
Frage, wer
76 das Völkerrecht und damit die Gleichberechtigung aller Staaten als Grundlage für die
77 internationale Friedensordnung akzeptiert, respektiert und verteidigt; und welche
Staaten
78 stattdessen auf eine Politik des Großmachtstrebens setzen. Als Grüne treten wir
entschlossen
79 für die Prinzipien des internationalen Rechts ein. Wir werden es nicht zulassen, dass
80 Freiheit durch Unterdrückung, Demokratie durch Diktatur und Würde durch

81 Erniedrigung ersetzt
82 werden.

83 Der Erhalt der internationalen Friedensordnung kann nach dem Angriff Russlands auf
84 die

85 Ukraine nur dann gelingen, wenn wir uns klar auf die Prinzipien einer wertegeleiteten
86 Außenpolitik sowie eines breiten, modernen Sicherheitsbegriffs verständigen – und
87 auch

88 danach handeln. Dieser Sicherheitsbegriff muss das Digitale zum Schutz unserer
89 Demokratie

90 vor Destabilisierungsversuchen von Staaten wie Russland umfassen. Und er muss die
91 menschliche Sicherheit im Mittelpunkt haben. Grüne Friedenspolitik heißt, sich genau
92 dieser

93 Prinzipien immer wieder zu vergewissern, sie im Angesicht der Bedrohung der
94 globalen

95 Friedensordnung zu schärfen und sich in der Regierung für ihre Umsetzung
96 einzusetzen.

97 Russlands Teilmobilmachung darf nicht erfolgreich sein. Den jungen Männern
98 Russlands muss

99 eine Alternative zum Kämpfen in diesem grausamen, völkerrechtswidrigen
100 Angriffskrieg geboten

101 werden. Deswegen unterstützen wir Grüne eine schnellere und unbürokratischere
102 Aufnahme

103 insbesondere von russischen und belarussischen Dissidenten. Aber auch Deserteuren
104 und

105 Kriegsdienstverweigerern, die in der EU oder Deutschland Schutz suchen, muss nach
106 einer

107 Sicherheitsüberprüfung Aufnahme gewährt werden. Erstaufnahmeländer wie Georgien,
108 in die

109 hunderttausende Menschen aus Russland vor der Mobilmachung geflohen sind, sollten
110 bei den

111 humanitären Herausforderungen unterstützt werden.

112 **Für menschliche Sicherheit und eine feministische Außenpolitik**

113 Unsere Außen- und Sicherheitspolitik bleibt geleitet vom Konzept der menschlichen
114 Sicherheit. Wir denken Sicherheit von jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde
115 und

116 Freiheit im Zentrum unserer Politik stehen. Alle Menschen sollen frei von Furcht und
117 Not

118 leben können. Wir integrieren endlich die sicherheitsrelevanten Aspekte aller Ressorts,

119 einschließlich Klimasicherheit, Ernährungssicherheit, digitale Sicherheit und die
120 Sicherheit

121 kritischer Infrastruktur, welche militärische Landes- und Bündnisverteidigung, zivile
122 Konfliktbearbeitung, Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit ergänzen. Überall
123 setzen wir

124 uns für den Vorrang der Prävention von Krisen, die Stärkung der Menschenrechte im
125 Sinne der

126 Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die Überwindung struktureller Gewalt
127 ein.

108 Ein zentraler Bestandteil unseres Verständnisses von Sicherheit ist auch eine
109 feministische
110 Außenpolitik. Sie steht für die Umsetzung der Menschenrechte aller, die
111 Gleichberechtigung
112 der Geschlechter, die Überwindung struktureller Diskriminierung marginalisierter
113 Gruppen,
114 beispielsweise von Indigenen, von Rassismus Betroffenen oder LSBTIQ*, für die
115 gerechte
116 Verteilung von Macht und Ressourcen sowie ein Leben in Würde und
117 Selbstbestimmung aller.
118 Zahlreiche Forschungen belegen einen starken Zusammenhang zwischen
119 Geschlechtergerechtigkeit
120 und Frieden. Die Überwindung der vorherrschenden strukturellen Gewalt gegen Frauen
121 und
122 marginalisierte Gruppen ist Voraussetzung für nachhaltigen Frieden und umfassende
123 menschliche Sicherheit. Deshalb machen wir uns für die vollständige Umsetzung der
124 Agenda
125 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ stark, die wir innerhalb Deutschlands und
126 international
127 vorantreiben. Dazu gehört auch, sexualisierte und genderbasierte Gewalt entschieden
128 einzudämmen, die reproduktiven Rechte von Frauen zu schützen und die Sicherheit
129 und
130 Partizipation von Frauen und Mädchen in der Prävention von Konflikten, bei ihrer
131 Transformation und in Stabilisierungsprozessen in den Fokus zu nehmen. Deswegen
132 müssen auch
133 Vergewaltigung, Ermordung von Zivilist*innen sowie Plünderungen als
134 Kriegsverbrechen benannt
135 und geahndet werden. Unsere Außenpolitik und alle Politikfelder müssen daher in
136 Kooperation
137 mit feministischen Akteur*innen ausnahmslos und institutionell verankert
138 intersektional-
139 feministisch ausgerichtet werden. Hierzu suchen wir den Schulterschluss mit
140 Akteur*innen auf
141 der ganzen Welt.

127 Unser Handeln darf Konflikte nicht befördern oder anderen Staaten in ihrer
128 nachhaltigen
129 Entwicklung schaden. Deshalb setzen wir uns für die Entwicklung von
130 ressortübergreifenden
131 Mechanismen ein, durch die politische Vorhaben mit deutlichem Außenbezug vor
132 deren Umsetzung
133 auf ihre präventionsfördernde und krisenverschärfende Wirkung hin überprüft werden
134 können.

131 Mittel für zivile friedensfördernde Maßnahmen – beispielsweise im Rahmen der zivilen
132 Krisenprävention, partnerschaftlicher Entwicklungspolitik, humanitärer Hilfe oder
133 zivilgesellschaftlicher Kooperationen wie Austauschprogrammen und dekolonialen
134 Initiativen
135 sowie der Friedens- und Konfliktforschung – müssen gerade angesichts der aktuellen
136 Weltlage
137 umfassend und adäquat aufgestockt werden. Dies gilt auch für Frühwarnsysteme für
138 Konflikte

136 und gestärkte Analysefähigkeit. Vor allem die institutionelle Förderung in diesem
137 Bereich,
138 wie die des Zivilen Friedensdienstes oder der Deutschen Stiftung Friedensforschung
139 brauchen
140 eine Wachstumsperspektive. Zudem müssen wir die Verpflichtung in den Leitlinien
141 Krisenprävention für mehr Öffentlichkeitsarbeit für Friedensförderung endlich erfüllen.
142 Durch solche zivile Maßnahmen können strukturelle Marginalisierungen, Konflikte und
143 damit
144 menschliches Leid in ihrer Intensität langfristig reduziert oder gar verhindert werden.
145 Dies
146 führt zu nachhaltiger Stabilisierung und einer Verbesserung der Menschenrechtslage in
147 den
148 betroffenen Staaten und Regionen.

149 Auch Tausende Studierende und Wissenschaftler*innen protestieren in Russland gegen
150 den
151 Krieg. Wir wollen sicherstellen, dass die Wissenschaftsfreiheit der ausschließlich zivil
152 nutzbaren Forschung insbesondere für russische Exil-Wissenschaftler*innen, die sich
153 gegen
154 den Krieg engagieren, sichergestellt wird.

155 In akuten Konflikten und Notsituationen müssen wir schließlich versuchen, durch
156 rasche
157 humanitäre Hilfe die dringendsten Sicherheitsbedürfnisse der Betroffenen zu erfüllen.
158 Das
159 Engagement für Geflüchtete aus der Ukraine sowie die zügige und umfangreiche
160 Bereitstellung
161 von humanitärer Hilfe in der Ukraine selbst sind dafür gute Beispiele. Das System der
162 humanitären Hilfe ist aktuell jedoch finanziell und institutionell überfordert. Wir setzen
163 uns international für eine Reform und bessere Finanzierung des Systems der
164 humanitären Hilfe
165 ein, mit dem Ziel, schneller und weitreichender agieren zu können sowie durch
166 erhöhte
167 Wirkungsorientierung die Grundlage für langfristige und nachhaltige Entwicklung zu
168 schaffen.

169 Auch bei der Eindämmung der von Russland massiv verschärften Ernährungskrise hilft
170 die
171 Bundesregierung mit umfangreichen akuten Nahrungsmittelhilfen, der Bekämpfung
172 von Dürren
173 oder der Unterstützung ukrainischer Getreideexporte durch den Aufbau alternativer
174 Transportwege. Dabei ist es wichtig, dass wir die weltweite Ernährungskrise mit
175 Klimaschutz
176 und Biodiversität zusammen denken. Langfristig können wir die Ernährung der
177 Weltbevölkerung
178 nur sichern, wenn wir entschlossen gegen die Klimakrise und den Biodiversitätsverlust
179 vorgehen und zeitgleich Strategien für die globale Landwirtschaft entwickeln, um sich
180 dem
181 ändernden Klima adäquat anzupassen.

182 Die größte Herausforderung für die menschliche Sicherheit in unserer Zeit ist und
183 bleibt die
184 Klimakrise. Sie bedroht das Leben von Millionen von Menschen sowie Frieden und

Stabilität

167 weltweit. Globaler Klimaschutz verhindert daher nicht nur Konflikte mit all ihren
negativen
168 Folgen. Fossile Energieträger, die uns in die Klimakatastrophe führen, setzen uns im
169 Umkehrschluss auch in Abhängigkeit von autokratischen und imperialistischen
Akteur*innen,
170 wodurch unsere wirtschaftlichen und politischen Handlungsspielräume massiv
eingeschränkt
171 werden. Internationale Kooperation ist Grundlage für eine gemeinsame
Klimaaußenpolitik: sie
172 ist klimapolitisch notwendig, verfolgt die Erreichung der nachhaltigen
Entwicklungsziele,
173 beugt Ressourcenkonflikten vor und sichert Frieden. Klimaschutzpolitik ist Friedens-
und
174 Sicherheitspolitik. Deshalb müssen wir die Transformation hin zur Klimaneutralität
noch
175 verbindlicher und energischer vorantreiben – in Deutschland und weltweit.
Feministische
176 Außen- und Entwicklungspolitik muss mit internationaler Klimapolitik
zusammengedacht werden.
177 Mit Klimaaußenpolitik und Kooperation für Klimagerechtigkeit als Mittelpunkt unserer
Politik
178 setzen wir uns ressortübergreifend für die globale Klimaneutralität sowie die
Bewältigung
179 von Klimafolgen ein, um unserer historischen Verantwortung gerecht zu werden und
die Agenda
180 2030 für nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Daran ändert auch der russische
Angriff auf die
181 Ukraine nichts, selbst wenn kurzfristig fossile Energieträger aus anderen Ländern als
182 Russland importiert werden müssen. Dies darf nur eine Überbrückung auf Zeit sein, bis
wir
183 die Abhängigkeit von fossilen Energien durch einen noch schnelleren Ausbau der
erneuerbaren
184 Energien beendet haben. Der 1,5-Grad-Pfad ist und bleibt Richtschnur unseres
Handelns.
185 Starke Abhängigkeiten beim Import von Rohstoffen und Bauteilen, aber auch das
blinde
186 Vertrauen auf vermeintlich störungsfreie Lieferketten gefährden unsere ökonomische
187 Sicherheit und damit auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir setzen daher
auf die
188 Diversifizierung von Lieferketten und stärken vorrangig die Partnerschaften mit
Staaten, die
189 unsere Werte teilen. Diese wollen wir so gestalten, dass sie unsere Interessen nicht
190 einseitig befördern, sondern durch attraktive Angebote die Interessen der
Partnerländer -
191 wie lokale Wertschöpfung, faire Arbeitsplätze und nachhaltige
Produktionsbedingungen -
192 berücksichtigen, um so langfristig stabile Allianzen zu schmieden.
193 Wir schreiben kollektive Sicherheit groß; gerade unsere Bündnisse und Partnerschaften
haben

194 uns in den letzten Jahren den historisch einzigartigen Frieden in der Europäischen
195 Union
196 gebracht. Um diesen zu sichern, braucht es auch gut ausgestattete, interoperable,
197 bündnis-
198 und europafähige und stärker integrierte Streitkräfte. Diese halten nicht nur
199 potenzielle
200 Aggressoren von Angriffen ab. Als Partei haben wir in unserer Geschichte auch gelernt,
201 dass
202 in einzelnen Fällen die Unterlassung militärischen Beistands zu weit größerem Leid
203 führen
204 kann. Die Anwendung militärischer Gewalt bleibt Ultima Ratio. Militär bringt niemals
205 die
206 Lösung, kann jedoch ein Zeitfenster für politische Lösungen und die zivile
207 Konfliktbearbeitung schaffen.

208 Im Sinne der menschlichen Schutzverantwortung der Vereinten Nationen verpflichten
209 wir uns,
210 Menschen vor schwersten Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Dabei wenden
211 wir eine
212 Kombination aus Maßnahmen zur Krisenprävention, Krisenreaktion und
213 Krisennachsorge bzw.
214 Wiederaufbau an.

215 Angesichts unseres umfassenden Sicherheitsbegriffs greift ein Sondervermögen für die
216 Bundeswehr allein zu kurz. Es braucht zusätzliche Anstrengungen in der
217 gesamtstaatlichen
218 Sicherheitsvorsorge. Wir setzen uns daher weiterhin für den Ausbau der Kapazitäten
219 für
220 zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, Diplomatie, Friedens- und
221 Konfliktforschung, humanitäre Hilfe, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sowie
222 für
223 Stabilisierung und Entwicklungspolitik ein. Dabei halten wir an der Zielsetzung aus
224 dem
225 Koalitionsvertrag fest, dass die Ausgaben im Maßstab 1:1 zum Anstieg der
226 Verteidigungsausgaben erhöht werden sollen. Das Sondervermögen für die
227 Bundeswehr muss
228 jedoch so ausgestaltet werden, dass die Bundeswehr ihren Beitrag zur Landes- und
229 Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO und EU besser und unter neuen Vorzeichen
230 auch
231 schneller leisten kann. Das Sondervermögen für die Bundeswehr darf nicht zu einer
232 haushalterischen Einschränkung für den prioritär notwendigen Investitionsbedarf zum
233 sozial-
234 ökologischen Umbau unserer Gesellschaft führen.

235 Zur notwendigen Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit gehören neben der
236 Ertüchtigung von Partnerstaaten auch gesamtstaatliche Maßnahmen wie die Erhöhung
237 der
238 Cybersicherheit, die Stärkung von Infrastrukturen und Versorgungsstrukturen, der
239 Abbau
240 bürokratischer Hemmnisse und die Ertüchtigung des Zivilschutzes. Eine ausreichende
241 Bereitstellung von entsprechenden Mitteln aus dem Bundeshaushalt ist hierfür von

großer
224 Wichtigkeit. Besonders gilt es, die nachhaltige Stärkung der Resilienz unserer
Gesellschaft
225 in den Blick zu nehmen.

226 Zurecht wurde in den vergangenen Jahren immer wieder eindringlich auf die
Notwendigkeit
227 hingewiesen, als Rechtsstaat und wehrhafte Demokratie insbesondere dem
aggressiven Agieren
228 Russlands im Digitalen entschlossen zu begegnen. Hier sind große Defizite entstanden,
die
229 nun angegangen werden müssen. Dies betrifft insbesondere die Bekämpfung von
Russlands
230 Unterstützung extremistischer Kräfte in demokratischen Staaten sowie von bewusst
lancierter
231 Desinformation mit dem Ziel, demokratische Gesellschaften zu spalten. Auch die
Abwehr
232 weitreichender IT-Angriffe auf Einzelpersonen, Unternehmen und demokratische
Institutionen
233 gehört dazu. Es braucht deshalb jetzt eine konsequente Um- und Durchsetzung des
Digital
234 Services Act.

235 Die zahlreichen, im Koalitionsvertrag verankerten Projekte zur Stärkung von Resilienz
gilt
236 es, schnellstmöglich umzusetzen. Dazu gehört unser Einsatz für unabhängige, gut
237 ausgestattete Aufsichtsbehörden sowie für die stärkere Verzahnung der verschiedenen
zivilen
238 Akteur*innen aus den Bereichen IT-Sicherheit (u.a. das Bundesamt für Sicherheit in der
Informationstechnik, BSI) und Zivilschutz (u.a. das Bundesamt für Bevölkerungsschutz,
BBK).
240 Das große gesellschaftliche Knowhow in diesem Bereich sollte dabei sehr viel stärker
als
241 bisher eingebunden werden, bspw. durch die Schaffung eines beim Technischen
Hilfswerk (THW)
242 angesiedelten „Cyberhilfswerks“.

243 Freier und offener Software sowie einer von monopolartigen Strukturen unabhängigen
244 Verwaltung kommt eine immens wichtige Bedeutung zu. Einrichtungen wie das
Zentrum für
245 Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS) müssen weiter gestärkt
werden.
246 Insgesamt müssen wir bei der IT-Sicherheit von einem rein reaktiven Vorgehen
wegkommen, das
247 erst greift, wenn Angriffe erfolgreich waren und diejenigen noch bestraft, die Opfer
wurden.
248 Stattdessen müssen wir proaktiv in die Härtung digitaler Infrastrukturen investieren
und
249 hierbei beste IT-Sicherheitstechnik zum Standard machen. Diejenigen, die von sich aus
in
250 gute IT-Sicherheit investieren wollen, müssen staatlicherseits sehr viel stärker als
bisher

251 auch finanziell unterstützt werden, zum Beispiel durch vereinfachte
Abschreibungsmodalitäten
252 oder Steuererleichterungen. Schließlich ist es geboten, den staatlichen Handel mit
253 Sicherheitslücken schnellstmöglich zu beenden. Denn werden solche Lücken nicht
konsequent
254 innerhalb eines rechtsstaatlichen Verfahrens geschlossen, stehen sie immer auch
kriminellen
255 Dritten und den Geheimdiensten nicht befreundeter Staaten offen.
256 Nur wenn wir Sicherheit in dieser Breite denken, können wir es erfolgreich mit den
enormen
257 friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit aufnehmen.
Dieses breite
258 Verständnis von Sicherheit sollte sich auch in der Nationalen Sicherheitsstrategie der
259 Bundesregierung widerspiegeln, mit der sie die konzeptionellen Voraussetzungen für
eine
260 Sicherheitspolitik der Zukunft schaffen möchte.

261 **Das Friedensversprechen der Europäischen Union erneuern**

262 Die Europäische Union ist unsere Garantie für Frieden – ihr Versprechen wollen wir
erneuern.
263 Sie hat als Raum der Sicherheit und Freiheit, der Demokratie und des Rechts weiterhin
eine
264 große Strahlkraft. Sie ist Leitstern für Demokrat*innen in der Westbalkanregion, in der
265 Ukraine, in Moldau, in der Türkei, in Georgien, Belarus und für viele Menschen in
anderen
266 Ländern. Sie bleibt Hoffnungsträgerin für die Zusammenarbeit und Partnerschaften mit
den
267 Zivilgesellschaften, die sich überall auf der Welt für Menschenrechte einsetzen und
sich ein
268 Leben frei von Unterdrückung, Korruption und Willkür wünschen. Eine starke und
269 handlungsfähige EU ist unser zentraler und unverzichtbarer Referenzrahmen für die
270 Verteidigung unseres internationalen Zusammenlebens, für den Schutz von Menschen
weltweit,
271 aber auch für die vielen globalen Konflikte und Krisen, deren Bewältigung unser Ziel
sein
272 muss.
273 Wir begrüßen den neuen EU-Beitrittskandidatenstatus für die Ukraine und die Republik
Moldau
274 sowie die Beitrittsperspektive für Georgien. Wir wollen diese Staaten, genau wie die
275 verbleibenden Länder des Westbalkans, mit neuem Engagement auf ihrem Weg in die
EU
276 unterstützen.
277 Die Europäische Union reagiert und agiert in der Krise gemeinsam und mit Stärke. Wir
sehen
278 jedoch auch, dass wir jetzt keine Zeit verlieren dürfen, diese Stärke weiter
auszubauen, um
279 die Souveränität der EU voranzubringen und die auf den Prinzipien der UN-Charta
basierende
280 internationale Ordnung zu verteidigen. Die EU ist nun gefordert, ihr

Friedensversprechen zu
281 erneuern – und die Demokratie und den Frieden in ihrer direkten Nachbarschaft
entschieden zu
282 verteidigen.

283 Wir stehen im gesellschaftspolitischen und systemischen Wettbewerb mit den
autokratischen,
284 demokratieverachtenden und das Recht des Stärkeren verherrlichenden Regimen
unserer Zeit.
285 Angesichts dieser Herausforderungen brauchen wir eine handlungsfähigere EU.
Deshalb gehört
286 die Intensivierung der geplanten EU-Erweiterungen verbunden mit institutionellen
Reformen zu
287 den jetzt anstehenden Aufgaben. Damit können wir angesichts des fortschreitenden
Krieges
288 gewährleisten, dass unsere Sicherheit ebenso gewahrt bleibt wie die politische und
289 wirtschaftliche Stabilität der EU. Die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf
diese
290 Faktoren müssen wir im Blick haben. Auch deshalb müssen wir die negativen sozialen
und
291 wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges für die Menschen in Deutschland und der
EU
292 bestmöglich abfedern.

293 Die durch breite Bürgerbeteiligung erzielten Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft
Europas
294 liefern für die Reform der EU wichtige Anstöße, die wir weiterverfolgen wollen:
295 Energieunabhängigkeit, mehr Investitionen in engagierten Klimaschutz, eine bessere
IT-
296 Sicherheit und erhöhte Resilienz unserer Gesellschaften, strategische Souveränität,
297 Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik, mehr integrierte
gemeinsame
298 Streitkräfte zur Selbstverteidigung, ein Initiativrecht für das EU-Parlament sowie der
299 Schutz und Ausbau von Rechtsstaatlichkeit – all das sind konstruktive Vorschläge für
eine
300 handlungsfähigere und strategisch souveränere EU. Sie gilt es nun, ernsthaft zu
prüfen,
301 weiterzuentwickeln und entschlossen voranzubringen.

302 Die Tür für eine Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union muss für alle Staaten mit
303 Beitrittsperspektive offen bleiben. Hebel der EU für tiefgreifende Reformen in den
304 Kandidatenländern dürfen nicht aus der Hand gegeben werden. Und auch die
bewährten
305 Institutionen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa stehen nicht zur
Disposition:
306 Vielmehr gilt es für die EU, auch vor dem Hintergrund des künftigen Jubiläums der
Konferenz
307 für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Geist und Wort der Schlussakte von
Helsinki und
308 der Charta von Paris zu bekräftigen und die Organisation für Sicherheit und
Zusammenarbeit
309 in Europa (OSZE) zu stärken. Die OSZE bietet – trotz ihres Reformbedarfs – mit ihren 57

310 Teilnehmerstaaten eine wichtige Basis für staatenübergreifende Kooperation.
Langfristig geht
311 es darum, eine nachhaltige europäische Friedens- und Sicherheitsarchitektur
aufzubauen.

312 Die EU ist nach außen vor allem dann glaubwürdig, wenn sie die Integrität unserer
Werte und
313 Normen auch nach innen schützt. Dazu gehört auch die Wahrung der Rechte von
Frauen und
314 queeren Menschen. Diese ist ein Gradmesser für Demokratie. Wir wollen die
europäische
315 Rechtsstaatlichkeit durch eine Rechtsstaatskommission oder eine Europäische
316 Staatsanwaltschaft stärken und den Anwendungsbereich der EU-Grundrechtecharta
auf nationales
317 Recht ausweiten, damit alle EU-Bürger*innen die gleichen einklagbaren Grundrechte
erhalten.

318 Der Abbau von Grundrechten und -freiheiten darf weder belohnt noch ignoriert
werden. Wir
319 begrüßen daher die überfällige Aktivierung des Konditionalitätenmechanismus als
eines der
320 Instrumente zum Schutz der europäischen Rechtsstaatlichkeit, das konsequent
angewendet
321 werden muss. Effektive Instrumente zum Schutz der Grundprinzipien der EU sind
heute – neben
322 institutionellen Reformen – umso wichtiger, als dass der russische Angriffskrieg das
323 entschiedene Vorgehen gegen Rechtsstaats- und Demokratiedefizite einiger EU-Länder

324 erschweren könnte, wenn einstimmige sicherheitspolitische Entscheidungen der EU-
325 Mitgliedsstaaten notwendig sind. Deshalb gilt es, den Moment zu nutzen, und mutig
und
326 entschlossen die Handlungsfähigkeit der EU auszubauen – zur Not auch, indem im
Rahmen der
327 Verstärkten Zusammenarbeit einzelne Staaten gemeinsam vorangehen.

328 Zur Glaubwürdigkeit der EU gehört auch ein menschenrechtskonformer Umgang mit
Geflüchteten
329 an den EU-Außengrenzen, sowie eine menschenwürdige, gesamteuropäische Asyl- und

330 Einwanderungspolitik. Trotz jahrelangen Diskussionen und vielen Versprechungen ist
der
331 Umgang mit Geflüchteten an den Außengrenzen immer noch unwürdig und
rechtswidrig. Deswegen
332 werden wir unsere Möglichkeiten in Kommunen, Ländern und auf Bundes- und
Europaebene nutzen,
333 um diese unwürdige Situation ohne weitere Verzögerungen zu beenden. Asylverfahren
müssen
334 innerhalb der EU durchlaufen werden und alle Asylanträge inhaltlich geprüft werden.
335 Menschenunwürdige Lager und geschlossene Einrichtungen, Nichteinreisefiktionen
oder
336 europäische Außenlager in Drittstaaten lehnen wir ab. Wir setzen uns weiterhin
innerhalb der
337 Bundesregierung und der EU für eine europäisch getragene und staatlich koordinierte

338 Seenotrettung ein. Wir stellen uns gegen eine Politik, die mit
339 Menschenrechtsverletzungen in
340 der europäischen Nachbarschaft eine Abschottungspolitik umsetzen will. Die
341 Kriminalisierung
342 von Seenotretter*innen wollen wir verhindern. Illegale Pushbacks nationaler
343 Grenzpolizeien
344 oder ihre Unterstützung beziehungsweise Duldung durch die europäische
345 Grenzschutzbehörde
346 Frontex darf es nicht geben. Sie müssen sofort beendet und zukünftig effektiv
347 verhindert
348 werden. Verstöße müssen lückenlos und transparent aufgeklärt sowie konsequent
349 geahndet
350 werden, etwa durch die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens durch die EU-
351 Kommission gegen verantwortliche Mitgliedstaaten. Mit Blick auf die in der EU
352 ankommenden
353 Menschen treten wir im Sinne einer fairen Verantwortungsteilung für eine
354 Weiterentwicklung
355 des Malta-Mechanismus ein. Außerdem wollen wir die Aufnahme aus dem
356 Resettlement-Programm
357 des UNHCR deutlich ausbauen, um sichere Fluchtwege aus Ländern wie Libyen zu
358 schaffen.

349 Der unbürokratische Umgang mit den Geflüchteten mit ukrainischer
350 Staatsbürgerschaft in der
351 EU ist beispielhaft und zeigt, dass es auch anders gehen kann. Massenlager und
352 humanitäre
353 Notlagen an den Außengrenzen konnten trotz der hohen Zahl an Geflüchteten aus der
354 Ukraine
355 verhindert werden. Die in dieser Notsituation angewendeten Lösungsansätze müssen
356 für die
357 zukünftige EU-Migrationspolitik eine Blaupause sein. So überwinden wir endlich die
358 Ungleichbehandlung von Schutzsuchenden.

355 **Für Kooperation und Multilateralismus auch in Zeiten des Konflikts**

356 Globale Zusammenarbeit ist angesichts globaler Herausforderungen so notwendig wie
357 nie.
358 Gleichzeitig wird Kooperation im Angesicht multipler Krisen schwieriger; die Welt droht
359 an
360 globaler Governance zu verlieren. Wir müssen deshalb bestehende
361 Kooperationsansätze
362 europäisch denken, stärken und weiterentwickeln.

360 Die NATO ist gerade in dieser neuen Zeit eine unverzichtbare Akteurin für unsere
361 Sicherheit.
362 Das Zusammenrücken angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine darf
363 jedoch
364 nicht über Spannungen innerhalb des Bündnisses hinwegtäuschen. Es gilt, den
365 demokratischen
366 europäischen Pfeiler in der neuen, erweiterten NATO zu stärken. Die EU und ihre
367 Mitgliedstaaten übernehmen mehr außen- und sicherheitspolitische Verantwortung.
368 Das gilt
369 insbesondere für die Sicherheit der östlichen Nachbarländer der EU wie auch der

baltischen
366 Staaten und Polens. Die transatlantische Partnerschaft mit den USA bleibt dabei
zentraler
367 Stützpfeiler unserer und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Die Stärke
unserer
368 Werte- und Verteidigungsgemeinschaft misst sich auch an der in ihr gelebten
Demokratie,
369 Rechtsstaatlichkeit und überzeugend umgesetztem Multilateralismus. Wir setzen uns
für den
370 weltweiten Menschenrechtsschutz, die Weiterentwicklung internationaler
Rechtsnormen, globale
371 Rüstungskontrolle, eine regelbasierte Weltordnung und die Stärkung einer
372 verantwortungsbewussten Handelspolitik ein. Die wiederholten völkerrechtswidrigen
373 Interventionen der Türkei gegen die Kurd*innen in Syrien und im Irak wie auch der
Abbau der
374 eigenen Rechtsstaatlichkeit sind mit dem Anspruch der NATO als Wertebündnis nicht
vereinbar.

375 Die Vereinten Nationen bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des
Multilateralismus.
376 Wir wollen sie weiter stärken und schützen. Die UN-Institutionen versorgen weltweit
377 Millionen Geflüchtete. Sie stellen Bildungsmöglichkeiten, Nahrung und
Gesundheitsleistungen
378 zu Verfügung. Sie vermitteln in Kriegen und Konflikten. Und sie sind der Rahmen, in
dem die
379 wichtigsten multilateralen Abkommen verhandelt werden. Gleichzeitig sind sie schon
lange
380 reformbedürftig. Der Sicherheitsrat ist infolge des Missbrauchs des Vetorechts
insbesondere
381 durch Russland und China in vielen zentralen Fragen blockiert, was eine konstruktive
382 Bearbeitung von Konflikten etwa in Libyen oder im Jemen, in Afghanistan oder Syrien
383 erheblich erschwert – und zu teils schwerem menschlichem Leid führt. Als Antwort auf
diese
384 Blockade hat die UN-Generalversammlung mit der Verurteilung des russischen
Angriffskrieges
385 auf die Ukraine durch 141 Mitglieder gezeigt, wozu sie im Krisenfall durch Kooperation
in
386 der Lage ist.

387 Wir unterstützen Reformideen und Mechanismen wie die in der Resolution 377 der UN-
388 Generalversammlung „Uniting for Peace“ festgeschriebene Möglichkeit, im Fall einer
Blockade
389 Empfehlungen für Kollektivmaßnahmen an seine Mitglieder auszusprechen. Die
Beschlüsse der
390 Generalversammlung verleihen notwendigen Maßnahmen auch im Fall eines Vetos
durch ein
391 Sicherheitsratsmitglied Legitimation. Deutschland muss im EU-Rahmen ein Mittler und
ein
392 verlässlicher Geldgeber der Vereinten Nationen sein. Zudem muss es sich verstärkt an
393 Blauhelm-Missionen der UN beteiligen. Auch in den Vereinten Nationen muss die
gemeinsame
394 europäische Stimme stärker werden.

395 Die EU muss global als Friedensmacht Verantwortung übernehmen. Vor allem, wenn
die Vereinten
396 Nationen blockiert sind, muss sie für die Wahrung der Menschenrechte, die UN-
Konventionen
397 sowie die Paris-Deklaration und die Agenda 2030 in möglichst transparenten und
inklusiven
398 internationalen Zusammenschlüssen agieren. Dazu zählen zum Beispiel die G-7 und
G-20, die
399 NATO, das transatlantische Bündnis und themenspezifische Allianzen. Die Bildung
flexibler
400 Koalitionen, Kontaktgruppen und Allianzen sollte aber auch in bestehende
Partnerschaften und
401 Kooperationsformate eingebettet sein (z.B. AU-EU-Partnerschaft, Allianz für
402 Multilateralismus) und offen gestaltet werden.

403 Auswärtige Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik sowie Wissenschaftsdiplomatie
404 gewinnen angesichts geopolitischer Krisen massiv an Bedeutung. Sie tragen
maßgeblich dazu
405 bei, durch Bildungs- und Forschungskooperationen und wissenschaftliche Expertise
große
406 globale Herausforderungen zu bewältigen, kulturelle Brücken zu bauen und positiv in
die
407 Zivilgesellschaft zu wirken. Somit können sie friedensfördernde Effekte entfalten. Sie
408 müssen daher ein zentraler Aspekt der deutschen Außenpolitik sein. Der Deutsche
Akademische
409 Austauschdienst, die Alexander von Humboldt-Stiftung, das Goethe Institut und die
deutsche
410 UNESCO-Kommission leisten von Schutzprogrammen für bedrohte
Wissenschaftler*innen und
411 Studierende über Sprachkurse und Austauschprogramme bis hin zu Stipendien für
internationale
412 Spitztalente einen essenziellen Beitrag für eine aktive und zielgerichtete
413 Außenwissenschaftspolitik. Die Finanzierung der Mittlerorganisationen der Auswärtigen

414 Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik muss, wie im Koalitionsvertrag vereinbart,
415 verlässlich erhöht, statt gekürzt zu werden. Da sich globale Probleme nur gemeinsam
lösen
416 lassen, fördern wir die europäische sowie internationale Vernetzung und
Zusammenarbeit in
417 Studium, Forschung und Lehre auch durch eine Weiterentwicklung der
418 Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung und des Strategiepapiers
"Science
419 Diplomacy" des Auswärtigen Amts. Dazu gehört auch eine bessere Verzahnung von
bildungs- und
420 außenpolitischen Handlungen. Institutionelle Kooperationen allein - zum Beispiel im
421 Europäischen Hochschulraum - führen nicht automatisch zu Annäherung.
Wissenschaftsdiplomatie
422 muss deswegen dazu beitragen, Menschenrechte, Demokratieförderung und die
Freiheit von
423 Forschung und Lehre ins Zentrum von Kooperationen zu rücken.

424 Wir wollen, dass in Deutschland die akademische Forschung und Lehre zur Ukraine
und dem
425 Verflechtungsraum Östliches Europa deutlich gestärkt und ausgebaut wird, sowie
Programme zur
426 zivilgesellschaftlichen, kulturellen und kommunalen Zusammenarbeit mit der Ukraine
besonders
427 gefördert werden.

428 **Autokraten entschieden begegnen**

429 Von autokratischen Staaten und Bewegungen gehen weltweit Gefahren für
Menschenrechte,
430 Rechtsstaatlichkeit und Demokratie aus. Vor allem diejenigen, die auch
imperialistische
431 Bestrebungen verfolgen, missachten die Regeln der Kooperation und bedrohen die
432 internationale Rechtsordnung. Zudem besteht bei solchen Akteur*innen ein hohes
Risiko, dass
433 sie durch ihr Agieren zwischenstaatliche Spannungen einschließlich Risiken für unsere
eigene
434 Sicherheit erzeugen sowie schwierige Hindernisse für die Bewältigung gemeinsamer
globaler
435 Aufgaben schaffen.

436 Vor diesem Hintergrund müssen wir die Kooperationen mit Demokratien weltweit
stärken und uns
437 besser vor Bedrohungen unserer offenen Gesellschaft und unserer Sicherheit
wappnen. Es kann
438 bei Regelbrecher*innen keine Rabatte geben. Und zu den Regeln gehören die
universellen
439 Menschenrechte, das Gewaltverbot der UN-Charta und die staatliche Souveränität. Zur
Achtung
440 dieser Normen bauen wir auch auf Gerichte wie den Internationalen Strafgerichtshof
und den
441 Internationalen Gerichtshof und setzen uns deshalb bei unseren Partner*innen für eine
442 Anerkennung dieser wichtigen Institutionen ein. Denn sowohl Einzelpersonen als auch
Staaten
443 müssen für Verstöße zur Verantwortung gezogen werden.

444 Das Paradigma „Wandel durch Handel“ ohne klare Bedingungen ist gescheitert. Unsere
445 Wirtschaftsaußenpolitik muss kohärent zu unseren außen- und entwicklungspolitischen
Zielen
446 und Leitlinien sein. Daraus folgt, dass wir eine Ratifizierung des Mercosur-Abkommens
nur
447 mit umsetzbaren, überprüfbaren und rechtlich verbindlichen Verpflichtungen zum
Umwelt-,
448 Sozial- und Menschenrechtsschutz befürworten, und wenn wirksame
Zusatzvereinbarungen zum
449 Schutz der Amazonas-Wälder abgeschlossen sind. Wir setzen uns ebenso für einen
Ausstieg aus
450 dem Energiecharta-Vertrag ein, weil der darin enthaltene Investitionsschutz Gefahr

läuft,
451 den Ausstieg aus fossiler Energie und unsere Klimapolitik zu behindern.
452 Wir sind gefragt, autokratischen Staaten gegenüber unterschiedliche
Kooperationsangebote
453 nach Themenfeldern anzubieten, diese regelmäßig auf ihre Auswirkungen auf
menschliche
454 Sicherheit zu evaluieren und bei Bedarf Konsequenzen zu ziehen. Der Klimaschutz als
455 Menschheitsaufgabe verpflichtet zur größtmöglichen Kooperation weltweit. Aber auch
dann
456 müssen Menschenrechtsverstöße und sie begünstigende Faktoren angesprochen und
auf ihre
457 Beseitigung hingearbeitet werden. Sektorale Abhängigkeiten müssen wir durch
458 Diversifizierung entgegnet werden, unsere Lieferketten aktiv resilienter, gerechter und
459 europäischer aufstellen.

460 Die Abhängigkeit von russischem Gas schränkt unsere heutigen
Reaktionsmöglichkeiten auf
461 diesen Krieg erheblich ein. Nord Stream 2 hätte nie gebaut werden dürfen. Denn das
Projekt
462 war nicht nur klima- und energiepolitisch, sondern auch europa- und geopolitisch
falsch. Die
463 heutige Lage belegt einmal mehr, dass der Ausbau erneuerbarer Energien und alle
464 Anstrengungen für mehr Klimaschutz eine zentrale Dimension von Sicherheitspolitik
465 darstellen.

466 Das revisionistische Russland unter Wladimir Putin stellt eine Bedrohung der Sicherheit
und
467 Freiheit der Menschen in Europa dar. Wir suchen nicht die Konfrontation, sondern sind
zu
468 Kommunikation, gezielter Kooperation, zum Risikomanagement, zur
Eskalationsvermeidung und
469 Transparenz der Beziehungen bereit. Wir sind immer zu einem Dialog mit Russland
bereit, doch
470 Russland hat sich bis zuletzt einem fairen Dialog verweigert. Ein Partner wird Russland
für
471 uns künftig nur in dem Maße sein können, wie es sich an internationales Recht hält.
Dabei
472 treten wir für die Souveränität und territoriale Integrität aller Länder ein und lehnen
die
473 imperiale Idee von Einflusszonen ab. Einer Ideologie, die auf das Recht des Stärkeren
setzt,
474 setzen wir die Herrschaft des Rechts entgegen. Wir zeigen uns solidarisch mit
denjenigen,
475 die der zunehmenden Unterdrückung des Kreml trotzen und sich für ein Russland
einsetzen, das
476 Frieden, Völkerrecht und Menschenrechte respektiert, anstatt sie mit Füßen zu treten."

477 Die Hegemonie-Ambitionen Chinas und seine aggressive Außenpolitik berühren unsere
Werte und
478 Interessen wie auch unsere Sicherheit. China negiert in vielen Bereichen die
internationale
479 Rechtsordnung. Die Niederschlagung der Demokratie-Bewegung in Hongkong, die

aggressiven

480 Drohungen gegen Taiwan, die schweren Menschenrechtsverbrechen gegen die
Uigur*innen und die
481 aggressive Expansionspolitik im südchinesischen Meer sind dafür exemplarisch. China
versucht
482 zudem immer öfter, seine wirtschaftliche Kraft zur Schaffung von Abhängigkeiten zu
nutzen.
483 Dem treten wir entschlossen entgegen. Dafür müssen wir auch national unsere
Abhängigkeiten
484 überprüfen und auf eine europäische Strategie der wirtschaftlichen Diversifizierung
setzen.
485 Im Rahmen der europäischen Ein-China-Politik wollen wir die wirtschaftliche und
politische
486 Zusammenarbeit mit Taiwan zum Nutzen beider Seiten intensivieren. Dazu gehören
ein Abkommen
487 über resiliente Lieferketten und ein bilaterales Investitionsabkommen. Wir betonen,
dass
488 eine Änderung des Status Quo in der Taiwanstraße nicht einseitig und nicht gegen den
Willen
489 der Bevölkerung Taiwans stattfinden darf. Wir unterstützen Taiwans relevante
Beteiligung an
490 der Arbeit internationaler Organisationen wie der WHO, WHA, ICAO oder Interpol.
Unter
491 Berücksichtigung der systemischen Rivalität sind wir, wo möglich, zur
Zusammenarbeit mit
492 China bereit und scheuen dabei nicht den Wettbewerb.

493 Russland und China weisen beide, trotz erheblicher Interessensunterschiede, eine
gemeinsame
494 autokratische Haltung auf, die die völkerrechtlich verbrieft Gleichberechtigung aller
495 Staaten ablehnt. Auch vor diesem Hintergrund müssen wir verstärkt in unsere
Partnerschaften
496 investieren – gerade auch mit Ländern Afrikas, Lateinamerikas, der Karibik und im
asiatisch-
497 pazifischen Raum. Dazu zählt die Initiative Global Gateway der EU-Kommission.
Einseitige
498 wirtschaftliche Abhängigkeiten wollen wir durch gemeinsame europäische Resilienz-
Politik
499 überwinden. Gegen Autoritarismus bleiben Demokratieförderung, insbesondere
Maßnahmen zur
500 Ausweitung von Räumen für die Zivilgesellschaft, zur Bekämpfung von Korruption und
501 Nepotismus sowie die konkrete Solidarität für Menschenrechtsverteidiger*innen
notwendig.
502 Eine demokratische Front für die Schaffung von Regularien, um autokratische Mächte
auch in
503 ihrer digitalen Kriegsführung in die Schranken zu weisen, ist Teil davon.

504 **Neue Impulse für Abrüstung und Rüstungskontrolle**

505 Der Vorrang für Abrüstung, Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle war, ist und
bleibt das
506 zentrale Merkmal von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Friedenspartei. Dies gilt für alle
507 Waffensysteme, ob nuklear, konventionell oder digital. Wir sehen die Gefahr regionaler

und
508 internationaler Aufrüstungsspiralen, die oft Eskalationsdynamiken und Unsicherheit
befeuern,
509 sowie die Herausforderungen durch die Erosion von Abrüstungs- und
Rüstungskontrollverträgen
510 und technologischer Entwicklungen – von neuartigen Waffensystemen, über den
Cyberbereich bis
511 hin zur militärischen Nutzung des Weltraums. Daher wollen wir gerade in unsicheren
Zeiten
512 die Rüstungskontrolle – auch für digitale Güter – stärken, Abrüstungsinitiativen
513 wiederbeleben und, wo möglich, neue anstoßen und auch nicht staatliche Akteure in
den Blick
514 nehmen. Die Stärkung des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) muss
im Zentrum
515 unserer Bemühungen bleiben. Der Atomwaffenverbotsvertrag, bei dem Deutschland
einen
516 Beobachterstatus innehat, stellt eine wichtige Ergänzung des NVV dar. Trotz der
enormen
517 Herausforderungen durch die aktuelle Lage müssen wir uns zudem für ein
Nachfolgeabkommen zum
518 New-START-Vertrag einsetzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine konkrete,
materielle
519 Unterstützung der Opfer von Atomwaffentests in der aktuellen Legislaturperiode ein.
Das Ziel
520 unserer Bemühungen bleibt eine atomwaffenfreie Welt.

521 Als Grüne setzen wir uns seit langem für eine restriktive, transparente und
522 verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik ein. Gerade nach alle den Jahren des
maßlosen
523 Drangs der Großen Koalition mit Genehmigungen in Rekordhöhe an Staaten, die keine
524 Wertepartner sind, ist ein Neuanfang überfällig. Für uns sind Rüstungsexporte kein
525 Instrument der Industriepolitik. Wir wollen ein restriktives
Rüstungsexportkontrollgesetz,
526 das insbesondere Transparenz über die erteilten Genehmigungen und ihre jeweilige
inhaltliche
527 Begründung, sowie über die tatsächliche Ausfuhr von Kriegswaffen und
Rüstungsgütern schafft.

528

529 Auf EU-Ebene werden wir uns dafür einsetzen, ein verbindliches Regime zur
europäischen
530 Waffenexportkontrolle für gemeinsame Rüstungskooperationen zu schaffen, das im
Einklang mit
531 den Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der EU steht. In der schwersten
Sicherheitskrise
532 Europas seit Jahrzehnten sind Europäische Kooperation und Verlässlichkeit unter
Verbündeten
533 ein hohes Gut. Unsere von Werten geleitete Außenpolitik steht vor einem Dilemma:
Auf der
534 einen Seite wollen wir eine vertiefte Rüstungskooperation mit unseren europäischen
Partnern
535 im Einklang mit unseren Werten, auf der anderen Seite wird bis zu einer restriktiven
europäischen Rüstungsexportpolitik noch viel Überzeugungsarbeit nötig sein.

537
538 Bündnis 90/Die Grünen werden diese Debatte nutzen, um uns bei der Formulierung
des
539 Rüstungsexportkontrollgesetzes für eine Reform von europäischen
Gemeinschaftsprojekten im
540 Rüstungsbereich einzusetzen. Forderungen nach Lockerungen der restriktiven
Regelungen bei
541 Gemeinschaftslieferungen erteilen wir eine Absage. Wir wollen gemeinsame
europäische
542 Entscheidungen für Rüstungsexporte auf Basis einer gemeinsamen Einschätzung der
543 Sicherheitslage und europäischer Werte. Wir wollen keinen Wettlauf um die niedrigsten

544 Menschenrechtsstandards bei der Genehmigungspraxis. Es braucht zudem einen
regelmäßigen,
545 unabhängigen und transparenten Review-Prozess der Bundesregierung zur
Sicherheits- und
546 Menschenrechtspolitik in den Empfängerstaaten und einen Review der geschlossenen
Alt-
547 Verträge.

548 Die Regierung von Saudi-Arabien begeht nachweislich massive
Menschenrechtsverletzungen und
549 ist Kriegspartei im Jemen-Krieg. Deswegen lehnen wir jegliche Rüstungsexporte an
Saudi-
550 Arabien ab. Wir streben auch einen europäischen Rüstungsexportstopp für Saudi-
Arabien und
551 ein europäisches Waffenembargo gegenüber anderen Staaten an, solange diese
nachweislich
552 unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind. Die von Saudi-Arabien geführte Koalition
hat in
553 den vergangenen Jahren tausende Luftangriffe im Jemen geflogen und damit und mit
der
554 Blockade des Landes zu einer der größten humanitären Katastrophen unserer Zeit
beigetragen.
555 Unter anderem der Druck der internationalen Gemeinschaft auf Saudi-Arabien hat in
letzter
556 Zeit zu einem Ende der gezielten Bombardements von ziviler Infrastruktur geführt.

557 Die Weigerung der Huthi-Milizen, die Waffenruhe im Jemen zu verlängern, ist ein Grund
zu
558 großer Beunruhigung. Der internationale Druck auf alle Kriegsparteien muss aufrecht
erhalten
559 werden, die Priorität muss ein Waffenstillstand mit dem Ziel eines dauerhaften
Friedens
560 bleiben. Die Jemen-Klausel des Koalitionsvertrags gilt.

561 Unter dieser Maßgabe bedeutet das Selbstverteidigungsrecht im Völkerrecht
(kodifiziert u.a.
562 in Art. 51 der UN-Charta) für uns als Friedenspartei, dass Staaten, die bedroht oder
563 angegriffen werden, auch mit der Lieferung von Waffen unterstützt werden können.
Deshalb
564 werden wir die Ukraine solange es notwendig ist unterstützen. Von der
565 nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit bis zur Lieferung von schweren Waffen

werden wir uns

566 dafür einsetzen, dass die Ukraine in die Lage versetzt wird, ihr Land auch weiterhin zu
567 verteidigen und durch Russland eroberte oder völkerrechtswidrig annektierte Gebiete
568 zurückzugewinnen. Es sind entscheidende Monate für die Menschen in der Ukraine
und für die
569 Ordnung auf unserem Kontinent. Davon unberührt müssen Exporte von Waffen, die zur
Verletzung
570 von Menschenrechten, für politische Aggressionen und diktatorische Repressionen
eingesetzt
571 werden, unterbunden werden, denn sie gefährden die Sicherheit und den Frieden
weltweit.
572 Gleichzeitig muss ausgeschlossen werden, dass Rüstungsgüter, die wir heute liefern,
in
573 Zukunft in die falschen Hände geraten. Bei Exporten sollen darum strenge,
verbindliche und
574 differenzierte Endverbleibs- und Post-Shipment-Kontrollen gesetzlich fest- und
575 vorgeschrieben werden. Dies gilt auch für digitale Überwachungstools, beispielsweise
576 identifizierende Gesichtserkennungssoftware, die es autokratischen Regierungen
ermöglichen,
577 unliebsame Aktivist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen, Medienschaffende oder
578 Minderheiten zu verfolgen.

579 Um das beschlossene Sondervermögen sinnvoll nutzen zu können und die
Einsatzfähigkeit der
580 Bundeswehr zu erhöhen, müssen das Beschaffungswesen reformiert,
Beschaffungsmaßnahmen
581 beschleunigt und substanzielle Strukturmaßnahmen in Bundeswehr und Verwaltung
zur Förderung
582 von Agilität und Effizienz umgesetzt werden. Das beschlossene
583 Beschaffungsbeschleunigungsgesetz ist hierfür ein erster wichtiger Schritt. Weitere
Schritte
584 in Richtung vertiefter europäischer Zusammenarbeit müssen folgen. Vor diesem
Hintergrund ist
585 auch die Stärkung eines eigenständigen europäischen Rüstungssektors von
Bedeutung, um die
586 Voraussetzungen für die materielle Stärkung und Aufrechterhaltung der Bündnis- und
587 Landesverteidigung sowie des verteidigungsbedingten Bedarfs unserer Partner zu
schaffen.
588 Dazu gehören insbesondere Planbarkeit und die Konsolidierung der europäischen
589 Rüstungsindustrie – und dass Beschaffungen europäisch gedacht werden sollten, denn
nationale
590 Alleingänge sorgen nicht nur für höhere Preise, sondern auch für eine geringe
Kompatibilität
591 und Interoperabilität zwischen den Streitkräften.

592 **Für eine gesicherte und gerechte Welternährung - eine Strukturpolitik gegen**
593 **die globalen**
594 **Krisen**

594 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die bereits bestehenden globalen
Krisen noch
595 weiter verschärft. Der Ausfall der Getreideexporte aus der Ukraine und Russland
offenbart

596 die Abhängigkeiten insbesondere der Länder des Globalen Südens von
Nahrungsmittelimporten
597 und verstärkt die Hungerkrise. Auch die Verschuldungskrise nimmt ihnen fiskalischen
598 Spielraum, um angemessen auf die steigenden Nahrungsmittel- und Energiepreise, auf
die
599 Auswirkungen der Klimakrise oder Pandemien reagieren zu können. Dringend nötige
600 Investitionen in eine nachhaltige Entwicklung und Transformation – im Sinne der Ziele
für
601 nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 (SDGs) und der Pariser Klimaziele – unter
anderem
602 für eine Agrar-, Energie- und Mobilitätswende bleiben somit auch wegen dieser
Dynamiken aus.
603 Um globale Gerechtigkeit voranzutreiben, wollen wir die Polykrisen unserer Zeit
gemeinsam
604 mit unseren Partner*innen effektiv bekämpfen, Ungleichheiten abbauen und resiliente
sowie
605 demokratische Strukturen und Zivilgesellschaften stärken. Entwicklungspolitik
verstehen wir
606 als eine gerechte und geostrategische Strukturpolitik. Feministische
Entwicklungspolitik
607 setzt dabei an den Ursprüngen der Ungleichheit an: den ungleichen
Machtverhältnissen
608 zwischen den Geschlechtern, sozialen Normen und Rollenbildern.

609 Unser koloniales Erbe mahnt uns, uns für das Aufbrechen globaler Machtstrukturen
einzusetzen
610 und eine dekoloniale Strukturpolitik umzusetzen. Wir wollen unter anderem
611 Stimmrechtsreformen bei den Entwicklungsbanken anstoßen, um für ein gerechteres
612 Stimmverhältnis zu sorgen.

613 Ein wichtiger Schritt hin zur Ernährungssouveränität ist Verteilungsgerechtigkeit.
614 Landwirtschaftliche Flächen sollen stärker für lokale Lebensmittelproduktionen und
weniger
615 für Treibstoffe, Futtermittel oder für den Verkauf vorgesehene Anbaufrüchte verwendet
werden. Der Anbau sollte entsprechend der Nachfrage mehr auf lokale und regionale
617 klimaresiliente Sorten gefördert und lokal vermarktet werden. Dies muss folgerichtig
618 einhergehen mit einer Reduktion des Treibstoffverbrauchs und des Fleischkonsums vor
allem in
619 den Ländern des Globalen Nordens. Die Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen
wollen wir
620 stärken. Dabei spielen insbesondere Landrechte – gerade auch für Frauen – eine
essenzielle
621 Rolle. Den Zugang zu freiem Saatgut und Möglichkeiten zur lokalen Vermarktung
wollen wir
622 fördern, zum Beispiel bei der Gründung von Produktions- und Absatzgenossenschaften.

623 Nahrungsmittel- und Wasserspekulationen werden wir stärker regulieren. Durch diese
Maßnahmen
624 kann die Abhängigkeit von Staaten vom Getreideweltmarkt reduziert werden.

625 Die Covid-19-Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass resiliente Gesellschaften
626 funktionierende soziale Sicherungssysteme brauchen. Wir wollen weltweit soziale

627 Sicherungssysteme stärken und setzen uns dafür ein, dass ein Globaler Fonds für
soziale
628 Sicherung im Rahmen der UN-Initiative „Global Accelerator for Jobs and Social
Protection“
629 verankert wird, dessen Governance-Strukturen dem Globalen Fonds zur Bekämpfung
von Aids,
630 Tuberkulose und Malaria gleichen.
631 Um für künftige Pandemien besser vorbereitet zu sein, unterstützen wir die
Entwicklung eines
632 Pandemie-Vertrags der Weltgesundheitsorganisation. Wir setzen uns dafür ein, dass
dieser
633 Vertrag robuste Mechanismen beinhaltet um in künftigen Pandemien schnelleren und
gerechteren
634 weltweiten Zugang zu Gesundheitsprodukten zu sichern. Wir begrüßen die WTO-
Entscheidung zur
635 Einschränkung des Patentschutzes für Covid-19 Impfstoffe. Wir setzen uns zudem
dafür ein,
636 dass solche Maßnahmen dort, wo freiwillige Produktionspartnerschaften nicht
ausreichen, auch
637 auf Therapeutika und Diagnostika für Covid-19 ausgeweitet werden können
638 Wir erleben global eine dramatische Verschuldungskrise, die seit der Covid-19-
Pandemie neue
639 Ausmaße gerade in den Ländern des Globalen Südens erreicht hat. Das
Schuldenmoratorium der
640 G20 für die 77 ärmsten Länder hat einen wertvollen zeitlichen Spielraum geschaffen.
Unser
641 Ziel ist ein neuer internationaler Konsens zum Schuldenmanagement. Wir unterstützen
eine
642 Initiative für ein kodifiziertes internationales Staateninsolvenzverfahren, das
öffentliche
643 und private Gläubiger*innen miteinbezieht und Schuldenerleichterungen für besonders
644 gefährdete Ländergruppen vorsieht. Als konkreten Beitrag wollen wir ein Gesetz zur
645 Restrukturierung ausländischer Staatsschulden mit dem die Ergebnisse internationaler
646 Umschuldungsverhandlungen in Deutschland verbindlich gemacht werden.
647 Feministische Entwicklungspolitik ist Teil der feministischen Außenpolitik und bedeutet,
die
648 Förderung und die Belange von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen in den
649 Vordergrund zu stellen und sie gezielt in Entscheidungsprozesse einzubinden. Wir
setzen uns
650 dafür ein, dass zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus
651 Ländern des Globalen Südens nach dem Vorbild des kanadischen „Equality Fund“
direkt
652 gefördert werden.
653 In autokratischen Kontexten müssen wir uns schließlich bewusst sein, dass die Logik
von
654 Regimestabilisierung oft im Widerspruch zu den Zielen von gerechter, nachhaltiger
und

655 menschenrechtsbasierter Entwicklung steht. So werden finanzielle Ressourcen über
Korruption
656 und Nepotismus häufig nach Loyalitäten gegenüber einer autokratischen
Staatsführung
657 verteilt. Gerade in solchen Kontexten ist es daher besonders wichtig, sich nicht nur auf
658 Projektebene, sondern auch in Regierungsverhandlungen für mehr Freiräume für die
lokale
659 Zivilgesellschaft, für unabhängige Medien und die Einhaltung der Menschenrechte
einzusetzen.